



Klinikum Frankfurt Höchst erhalten

Qualifizierte Patientenversorgung sichern

Der Plan des schwarz-grünen Frankfurter Magistrats, das Klinikum Frankfurt Höchst mit den Main-Taunus-Kliniken zu fusionieren, wird erhebliche Verschlechterungen für die Patienten und massive Einschnitte für die Beschäftigten zur Folge haben. Daher lehnt die Fraktion DIE LINKE. im Römer die Pläne ab.

DIE LINKE.
FRAKTION IM RÖMER

Was ist geplant?

Die finanzielle Lage der Kliniken in Höchst und im Main-Taunus-Kreis ist schlecht. Ein angeblich zu hoher Personalaufwand, zu hohe Kosten, strukturelle Defizite und Schuldenberge in Millionenhöhe haben die verantwortlichen PolitikerInnen auf die Idee gebracht,



Die KPMG beurteilt die Situation der betroffenen Kliniken ausschließlich unter rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

das Heil in einer gemeinsamen Dachgesellschaft zu suchen. Um einen Überblick über die Ausgangslage und die konkrete Ausgestaltung der Fusionspläne zu erhalten, wurde ein Gutachten über die Zukunftskonzeption der beteiligten Krankenhäuser in Auftrag gegeben. Der Abschlussbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG liegt inzwischen vor und verheißt nicht Gutes. Die KPMG, die sich zuvor schon bei der Privatisierung der Unikliniken Gießen-Marburg unrühmlich hervorgetan hat, beurteilt die Situation der betroffenen Kliniken ausschließlich unter rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das greift aber viel zu kurz, denn es geht schließlich um das grundsätzliche Anliegen einer für alle gesicherten und qualitativ hochwertigen gesundheitlichen Daseinsvorsorge.

Wo gibt es Probleme?

Die ca. 400.000,00 Euro Honorar für die Untersuchung und den Abschlussbericht hätte man genauso gut auch einsparen können. Denn die Einsicht, dass so ziemlich alle Krankenhäuser der höchsten Versorgungsstufe mit Verlusten zu kämpfen haben, ist nichts Neues. Dabei ist die allgemeine Finanzierungsnot nur selten hausgemacht, sondern Folge der verfehlten Politik mehrerer Bundesregierungen. Mit der Umstellung der Abrechnung auf Fallpauschalen, die die tatsächlichen Behandlungskosten nicht decken, und der Deckelung der Krankenhausbudgets werden Krankenhäuser geradezu in die finanzielle Notlage getrieben. Hinzu kommt, dass die Bundesländer ihrer gesetzlichen Pflicht zur Finanzierung der gesundheitlichen Daseinsvorsorge nicht in ausreichendem Maße nachkommen. Für Frankfurt besteht darüber hinaus eine weitere Problematik. Zwischen dem Eigenbetrieb „Städtische Kliniken Frankfurt Höchst“ und der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH gilt ein Personalgestellungsvertrag. Dieser ist ein Hindernis für den Zusammenschluss der Kliniken, denn er erlaubt in seiner jetzigen Form keinen standortübergreifenden Einsatz der Eigenbetriebsmitarbeiter ohne deren Zustimmung. Außerdem ist eine Weiterstellung an andere Gesellschaften untersagt. Laut Beschlussvorlage möchte der Frankfurter Magistrat eine alternative Konstruktion

Landrat des Main-Taunus-Kreis Michael Cyriax (CDU): „Ich spreche es offen aus: Dieses neue Klinikum wird Menschen sagen müssen, dass sie künftig dort nicht mehr arbeiten können. Wir können nicht die Beschäftigtenzahl einfach addieren und 2017 dann immer noch die gleiche Zahl an Mitarbeitern haben.“

entwickeln und damit kollektivrechtlich und arbeitsvertraglich garantiertes Recht von ca. 850 Beschäftigten, das sind etwa 10 Prozent der Beschäftigten der Stadt Frankfurt, beseitigen! DIE LINKE vermutet darüber hinaus, dass die Fusion nicht

ohne Personalabbau von statten gehen wird, denn anders werden sich die erhofften Synergieeffekte wohl kaum einstellen.

Erst Fusion, dann Privatisierung!

Zudem drängt sich der Verdacht auf, das Krankenhaus Höchst soll auf einen späteren Verkauf an eine gewinnorientierte private Krankenhausgesellschaft vorbereitet werden. Wie das geht, steht im Gutachten der KPMG: Löhne und Sozialleistungen senken, Arbeitsplätze abbauen und ganze Bereiche des Krankenhauses, wie z.B. Sterilisation, Küche, Technik, Labor, Radiologie oder Apotheke auslagern.

Außerdem schlägt KPMG vor, dass die Anteile an den zusammengelegten Kliniken ‚handelbar‘ sein sollten,

Die Vorgängerin von Frau Heilig (Grüne) im Gesundheitsdezernat Frankfurts, Frau Dr. Rottmann (Grüne), hat wenige Tage vor ihrem Ausscheiden zu bedenken gegeben: „Sie hege große Zweifel, ob ein ‚nicht marktfähiges Gut, wie die Gesundheit, mit marktähnlichen Instrumenten gesteuert werden‘ könne. Und sie legte den Politikern ans Herz, sich gegen die Vorgaben von Bund und Krankenkassen zu wehren.“ (FR 27.06.2012)

also verkauft werden können. Dies ist der Türöffner für den Einstieg eines privaten Investors. Das lehnen wir vehement ab.

Aus Sicht der LINKEN ist die Debatte zu führen, was wir uns eine umfassende gesundheitliche Versorgung kosten lassen wollen und müssen. Der Vorlage der Dezernentin für Umwelt und Gesundheit, Rosemarie Heilig (Grüne), kann in der Form daher nicht zugestimmt werden. Das ist auch die Position der LINKEN im Main-Taunus-Kreis.

Dominike Pauli, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Römer, in der Debatte des Stadtparlaments am 30. Januar 2014: „Die LINKE ist der Meinung, die Fusionspläne gehen in die falsche Richtung. Sie richten sich gegen eine qualifizierte Patientenversorgung, gegen die Interessen der Beschäftigten und nehmen keine Rücksicht auf die Daseinsvorsorge der Bevölkerung.“

Was ist die Alternative?



DIE LINKE. im Römer fordert schon lange, dass die Stadt Frankfurt das Klinikum Frankfurt Höchst wieder zu einem städtischen Eigenbetrieb macht. Zusammen mit dem Know-How der Beschäftigten muss die Klinik so effizient organisiert werden, wie es ohne Beeinträchtigungen für die Patienten und MitarbeiterInnen möglich ist. Dafür gilt es auf Landesebene einzufordern, dass die Hessische Landesregierung endlich ihre gesetzliche Verpflichtung zur Finanzierung der gesundheitlichen Daseinsvorsorge durch mehr Investitionen in die Krankenhäuser erfüllt. Um darüber hinaus die allgemeine Finanzierungsnot öffentlicher Krankenhäuser zu verhindern, muss auf Bundesebene dafür gesorgt werden, dass die Deckelung der Krankenhausbudgets abgeschafft und das Fallpauschalen-System beseitigt und durch ein Abrechnungssystem ersetzt wird, das die Kosten der Krankenhausbehandlung deckt. Denn örtlich gibt es keine geeigneten Lösungen für die Finanzierungsprobleme. Fusion und Privatisierung

führen nur zu gefährlichen Verschlechterungen für die Patienten und nicht akzeptablen Nachteilen für die Beschäftigten! Ein verbleibendes Defizit, aktuell sind es ca. 8 Millionen Euro pro Jahr, sind Kosten, die für die gesundheitliche Daseinsvorsorge der Menschen eben getragen werden müssen. Das ist aber immer noch nur ein Bruchteil der rund 60 Millionen Euro, die in Frankfurt jährlich für die Städtischen Bühnen ausgegeben werden.



DIE LINKE. im Römer
Bethmann Str. 3
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de
www.dielinke-im-roemer.de
V.i.S.d.P.: Dominike Pauli

